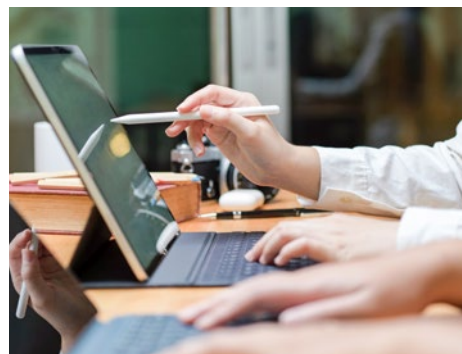


WAHLPRÜFSTEINE ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021



Für gute Arbeits- und Rahmenbedingungen in der öffentlich geförderten beruflichen Weiterbildung. Eine Orientierungshilfe der Gewerkschaft ver.di für Beschäftigte an Weiterbildungseinrichtungen.



Unsere Anforderungen an die Weiterbildungspolitik der neuen Bundesregierung

Fast 2 Millionen Beschäftigte haben sich in ver.di zusammengeschlossen. Wir machen uns stark für gute Arbeitsbedingungen. Doch nicht selten stehen von der Politik verantwortete Rahmenbedingungen fairen und sicheren Arbeitsverhältnissen im Weg. So auch in der Weiterbildung. Das muss sich ändern! Deshalb fordern wir von der nächsten Bundesregierung:

- ▶ **Verbesserung der organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen:** Ausbau von qualitativ hochwertigen Weiterbildungs- und guten Bildungsberatungsangeboten.
- ▶ **Abschaffung sachgrundloser Befristung, auskömmliche Mindesthonorare:** Befristung ohne Sachgrund muss endlich die gesetzliche Grundlage entzogen werden und Honorare müssen mindestens zu realen Stundenlöhnen auf Branchenmindestlohn führen.
- ▶ **Gleicher Maßstab für die Weiterbildung:** Beschäftigte in der Weiterbildung brauchen vergleichbare Arbeitsbedingungen wie in der Schulischen oder beruflichen Ausbildung. Daran müssen sich auch die Maßnahmen der Politik orientieren.
- ▶ **Verabschiedung eines Bildungsförderungsgesetzes:** Schaffung eines Förderinstrumentes zur finanziellen und organisatorischen Unterstützung zur Förderung einer individuellen beruflichen Weiterentwicklung.
- ▶ **Tariftreueregelung bei der öffentlichen Auftragsvergabe von Weiterbildungsdienstleistungen:** Garantie der Finanzierung von tariflichen Lohnniveaus.
- ▶ **Rechtsanspruch auf Freistellung für Bildungszeit:** Gesetzliche Verankerung eines Freistellungsanspruches in Form einer Langzeit-Freistellung von der Arbeit zu Bildungszwecken.
- ▶ **Qualität statt Preis:** Die Qualität und nicht der Preis sind maßgeblich bei Vergabe von Weiterbildungsmaßnahmen durch die öffentliche Hand.

AUSGEWÄHLTE AUSSAGEN DER PARTEIEN:



– Wahlprogramm –

► »Der deutsche Arbeitsmarkt hat sich trotz der Corona-Pandemie als sehr robust erwiesen. Wir haben insbesondere mithilfe des Kurzarbeitergelds hunderte tausende Arbeitsplätze gesichert. Nun müssen wir diejenigen, die trotzdem ihren Job verloren haben, schnell wieder in Beschäftigung bringen. Dabei spielt nicht nur die Arbeitsvermittlung, sondern auch das lebensbegleitende Lernen eine entscheidende Rolle. **Fort- und Weiterbildung sind der Schlüssel, um die vor uns liegenden Herausforderungen zu meistern.**« (Seite 37)

► »Wir werden den Tarifpartnern **möglichst großen Spielraum in der Gestaltung von Arbeitsregelungen lassen**. Regelungen auf tariflicher, betrieblicher und vertraglicher Ebene werden den differenzierten Bedürfnissen eher gerecht. Wir werden die Tarifpartner dabei flankierend unterstützen und dort, wo es nötig ist, auch gesetzgeberisch eingreifen.« (Seite 38)

► »Die **Allgemeinverbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen** leistet einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Tarifgeltung in Branchen mit geringer Tarifbindung. Dieses Instrument werden wir stärken.« (Seite 38)

► »Befristete Arbeitsverhältnisse sollen die Ausnahme sein. Wir lehnen die Ausweitung von Kettenbefristungen ab. **Die sachgrundlose Befristung soll auch weiterhin in den Unternehmen die Ausnahme bleiben und darf für den Beschäftigten grundsätzlich zwei Jahre nicht überschreiten.** Missbrauch werden wir verhindern.« (Seite 38)

► »Wir starten eine **Offensive zur beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Grundsicherung für Arbeitssuchende**, um zum Beispiel Sprachkompetenzen und Ausbildungsfähigkeit zu verbessern. Wir werden jedem ein Angebot machen, damit die Betroffenen wieder für sich selbst und andere sorgen

können. Wir stehen zum Fördern und Fordern. Deshalb werden wir auch die **Sanktionsmechanismen im SGB II beibehalten**. Damit mehr geringqualifizierte Arbeitslose an einer Aus- und Weiterbildungsmaßnahme teilnehmen, werden wir die Rahmenbedingungen verbessern.« (Seite 61)

► »Wir wollen das **BAföG flexibilisieren** und zu einem Instrument der individuellen Förderung des Lebensunterhalts von Bildung und Weiterbildung im Lebensverlauf weiterentwickeln. ... Dazu erweitern wir den Zweck des BAföG um eine zweite Berufsausbildung und ersetzen die bestehenden Altersgrenzen durch Höchstgrenzen.« (Seite 83)

► »Zudem unterstützen wir Unternehmen und Beschäftigte im Strukturwandel mit **passgenauen Informations- und Beratungsangeboten zur Weiterbildung.**« (Seite 83)



– Wahlprogramm –

► »Bei der öffentlichen Vergabe sollen im Einklang mit europäischem Recht die Unternehmen zum Zug kommen, die tarifgebunden sind oder mindestens Tariflöhne zahlen. Dafür setzen wir auf ein **Bundestariftreuegesetz**. Zudem wollen wir es leichter machen, **Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären**, damit sie für alle in einer Branche gelten.« (Seite 43)

► »Arbeitnehmerähnliche Personen und Solo-Selbständige sollen sich künftig leichter tariflich organisieren können und branchenspezifisch sollen weitere verbindliche **Honoraruntergrenzen** vereinbart werden können, die auch für allgemeinverbindlich erklärt werden können.« (Seite 44)

► »Wir sehen es als unsere Verpflichtung, Unternehmen und ihre Beschäftigten auf dem Weg hin zu einem klimaneutralen Wirtschaftssystem zu unterstützen. Gerade auch dort, wo sich Jobprofile grundlegend verändern oder Arbeitsplätze verloren gehen. Es braucht in der ökologischen Transformation ein noch viel besseres Angebot an Weiterbildung und Qualifizierung. Dazu wollen wir ein **Recht auf Weiterbildung** einführen und mit einem **Weiterbildungs-**

geld auch für Erwerbstätige in Qualifizierungsphasen eine soziale Absicherung schaffen.« (Seite 5)

► »Digitalisierung, globaler Wettbewerb und der nötige Umbau der Wirtschaft bedeuten für viele Menschen große Veränderungen, die mit der Angst vor Verlusten einhergehen. Aber Angst lähmt und macht müde. Menschen benötigen auch im Übergang Sicherheit. **Es gilt die Risiken abzusichern und Perspektiven zu geben, etwa durch eine Arbeitsversicherung und durch Weiterbildung.**« (Seite 39)

► »Wir wollen die Arbeitsmarktpolitik auf die Zukunft ausrichten und die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung umbauen. Zentral dafür sind ein **Rechtsanspruch auf Weiterbildung und die Stärkung der beruflichen Qualifikation.**« (Seite 44)

► »Da nicht jeder Bildungsweg linear ist oder zum Teil berufsbegleitend verläuft, wollen wir die Bildungsfinanzierung noch stärker altersunabhängig konzipieren. Ein Schritt in diese Richtung ist die **Einführung eines Weiterbildungs-BAföGs.**« (Seite 63)

► »Wir treten daher für einen **individuellen Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Qualifizierung** ein. Zur sozialen Absicherung ist für arbeitsmarktbedingte Weiterbildungen und Qualifizierungen ein **auskömmliches Weiterbildungsgeld** nötig, für alle anderen, die sich beruflich entwickeln oder neuorientieren wollen, ein Weiterbildungs-BAföG.« (Seite 64)

► »Um abhängig Beschäftigten die Zeit für eine berufliche Qualifizierung und Weiterbildung einzuräumen, wollen wir einen **Freistellungsanspruch mit Rückkehrrecht** auf den vorherigen Stundenumfang einführen. Daneben werden wir für eine verbesserte und gebündelte Beratung und Unterstützung Bildungsagenturen aufbauen. Dort sollen sich die relevanten regionalen Träger von Weiterbildung vernetzen.« (Seite 64)

► »Wir setzen uns für **gute Arbeitsbedingungen und faire Vergütung in der Weiterbildung** ein und wollen die Volkshochschulen und ähnliche öffentliche und gemeinnützige Bildungseinrichtungen als wichtige Partner*innen der Weiterbildung unterstützen.« (Seite 64)

► »Wir wollen, dass möglichst viele Unternehmen sich **an den Tarifverträgen beteiligen**. Die Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung ist unanständig. Wir werden diese Praxis zurückzudrängen. Ein öffentlicher Auftrag darf nur an Unternehmen vergeben werden, die nach Tarif bezahlen. Dazu schaffen wir ein **Bundestarifreugesetz**.« (Seite 27)

► »Wir brauchen ein **Recht auf digitale Bildung und Weiterbildung für alle Generationen**.« (Seite 14)

► »Unsere Arbeit befindet sich im Wandel. Durch die technologische Entwicklung gehören manche Berufsbilder inzwischen der Vergangenheit an oder werden in naher Zukunft verschwinden oder sich verändern. Gleichzeitig entstehen neue Berufsbilder, die Zukunft versprechen. Damit alle, die damit verbundenen Möglichkeiten nutzen können, lenken wir unser Augenmerk auf die Weiterbildung. **Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer solidarischen Arbeitsversicherung weiterentwickeln**. Sie soll nicht erst im Fall der Arbeitslosigkeit auf den Plan treten, sondern dabei helfen, diese gar nicht erst entstehen zu lassen. Die Bundesagentur für Arbeit bauen wir darum zur Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung um, die ein hochwertiges und individuelles Beratungsangebot gewährleistet.« (Seite 30)

► »Wir schaffen ein **Recht auf Weiterbildung und beruflichen Neustart in allen Lebensphasen**. Jede*r einzelne wird bei den bevorstehenden Veränderungen unterstützt. Wir werden ein Recht schaffen, das es Arbeitnehmer*innen auch mit 40plus ermöglicht, noch einmal einen ganz neuen Beruf zu erlernen. Mit unserem Modell der **geförderten Bildungszeit und Bildungsteilzeit** werden wir ermöglichen, dass alle Erwerbstätigen im Lauf ihres Erwerbslebens auf eigene Initiative und

mit staatlicher Unterstützung unabhängig vom Betrieb sich weiterbilden oder umschulen können. Wer Bildungszeit oder Bildungsteilzeit beantragt, erhält ein Recht, sich von seinem Beruf freistellen zu lassen oder die Arbeitszeit zu reduzieren. Die Bildungszeiten werden wir mit einer finanziellen Förderung ausgestalten, die Lohneinbußen während der Weiterbildung oder Umschulung angemessen kompensiert – und zwar lange genug, um anerkannte Abschlüsse zu erwerben. Bei den Kosten für die Weiterbildungsmaßnahme werden wir diejenigen unterstützen, die die Mittel nicht oder nicht vollständig aus eigener Tasche aufbringen können.« (Seite 31)

► »Das Ziel muss sein, die hilfsbedürftige Lebenslage gemeinsam zu bezwingen und allen eine Beschäftigung und, falls erforderlich, eine Qualifizierung und Weiterbildung zu ermöglichen. Wir setzen auf eine umfassende und passgenaue Unterstützung, die die gesamte Bedarfsgemeinschaft in den Blick nimmt – auf Qualität und gute Netzwerke statt auf eine reine Kennzahlenlogik. Wir werden die **gesetzlichen, personellen und finanziellen Rahmenbedingungen weiter so verbessern**, dass die Jobcenter und ihre Beschäftigten diesem Auftrag nachkommen können. Wir schaffen das **Recht auf Förderung beim Nachholen eines Berufsabschlusses** und führen einen **Weiterbildungs-Bonus** ein, der die finanziellen Spielräume spürbar erweitert.« (Seite 32)

► »Die **Befristung von Arbeitsverhältnissen ohne einen Sachgrund werden wir abschaffen** und die vom Gesetz akzeptierten Gründe für eine Befristung kritisch überprüfen.« (Seite 27)

► »Wir werden auch **Solo-Selbständige besser absichern**, deren Geschäftsmodell sie grundsätzlich trägt, wo jedoch unvorhersehbare erhebliche Einnahmeausfälle, etwa durch den kurzfristigen Wegfall von Auftraggebern, zu Notlagen führt. Mit einem **Sicherungsgeld** schaffen wir einen neuen Weg der solidarischen Absicherung für Selbständige in Notlagen, die über branchen- und saisonübliche Schwankungen hinausgehen, durch die Bundesagentur für Arbeit. Das Sicherungsgeld soll mit Leistungen der Arbeitslosenversicherung vergleichbar sein. Das durch Beiträge der Selbständigen finanzierte Sicherungsgeld hat dabei Vorrang vor Leistungen der Grundsicherung.« (Seite 30)

► »Die **Vergabe öffentlicher Aufträge** binden wir an Kriterien: 1. Tariftreue, 2. Ökologisches Wirtschaften, 3. kurze Wege und Transportvermeidung. Wir wollen einen **Vergabemindestlohn**, der sich an der Höhe der niedrigsten Gehaltsklasse des TVL orientiert, verbindlich für die Vergabe machen.« (Seite 79)

► »**Sachgrundlose Befristungen müssen im Teilzeit- und Befristungsgesetz ersatzlos gestrichen werden** und zulässige Sachgründe eng begrenzt werden. Bei öffentlicher Finanzierung soll die Befristung der Haushaltsmittel oder von Projektgeldern kein zulässiger Grund mehr für die Befristung von Arbeitsverträgen sein.« (Seite 15)

► »Löhne, die für ein gutes Leben reichen! **Wir schaffen den Niedriglohnsektor ab und stärken Tarifverträge.** Für Teilzeitjobs schaffen wir einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl von 22 Stunden pro Woche. Wir drängen Befristungen zurück und sichern sämtliche Tätigkeiten über die Sozialversicherungen ab. Das schließt Beschäftigte über Plattformen, Soloselbstständige und Saisonbeschäftigte ein. Wir schaffen einen **Weiterbildungsanspruch für alle** und sichern das Einkommen während Weiterbildungszeiten mit einem **Weiterbildungsgeld.**« (Seite 14)

► »**Die Verantwortung für Aus- und Weiterbildung dürfen Unternehmen nicht auf die Beschäftigten und die Allgemeinheit verschieben.** Fortbildungsmaßnahmen, die im Interesse der Unternehmen sind, müssen auch von diesen finanziert werden. Beschäftigte, deren Arbeitsplätze wegfallen, müssen abgesichert werden. Wir wollen eine soziale und ökologische Transformation mit Arbeitsplatz- und Einkommensgarantien für die Beschäftigten.« (Seite 16)

► »Alle Beschäftigten müssen zum Zwecke der **Weiterbildung einen Rechtsanspruch erhalten, ihre Arbeitszeit zeitweise zu reduzieren oder zeitlich begrenzt ganz aussetzen zu können.** Der Arbeitgeber muss

während der Bildungsteilzeit einen teilweisen Lohnausgleich von mindestens 70 Prozent des Nettogehalts und Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Der Staat muss Bildungsteilzeit von Beschäftigten durch eine stärkere Berücksichtigung bei den Rentenansprüchen und der Höhe von Ansprüchen auf ALG I unterstützen. Für Geringverdienende muss ein vollständiger Lohnausgleich durch staatliche Zuschüsse garantiert werden.« (Seite 17)

► »Damit sich alle Unternehmen gleichermaßen an der Finanzierung beruflicher Weiterbildung beteiligen, schlägt DIE LINKE einen **Weiterbildungsfonds** vor, in den alle Unternehmen einer Branche einzahlen.« (Seite 17)

► »**Weiterbildungsangebote der Arbeitsagentur und Jobcenter müssen ausgebaut werden.** Das Ziel schneller Vermittlung Erwerbsloser muss gestrichen werden, stattdessen müssen Erhalt der Qualifikation und Weiterbildung Vorrang bekommen. Für die Zeit der Weiterbildung wird ein Weiterbildungsgeld in Höhe von 90 Prozent des letzten Nettoentgelts gezahlt. Die Zeit der Weiterbildung wird nicht auf den Anspruch auf Arbeitslosengeld angerechnet.« (Seite 18)

► »Zeiten der Qualifizierung und Weiterbildung bis zu einer Dauer von 24 Monaten mindern nicht die Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld. **Alle Erwerbslosen haben einen Anspruch auf qualifizierte Förderung und Weiterbildung.** Das gilt unabhängig davon, wie lange sie erwerbslos sind.« (Seite 25)

► »In der Weiterbildung sind die Arbeitsverhältnisse oft prekär. Das wollen wir ändern. Lehrkräfte in der Weiterbildung brauchen einen **allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für alle Bereiche der Weiterbildung.** Honorarverträge sollen in feste Stellen umgewandelt werden. Honorarverträge, soweit sie noch nötig oder von den Beschäftigten gewollt sind, müssen an die Konditionen in diesem Tarifvertrag angepasst werden. Das gilt auch für

Lehrkräfte in den Sprach- und Integrationskursen. Die Arbeitsagenturen und andere öffentliche Auftraggeber müssen bei der Vergabe die Qualität von Bildung und eine gute Bezahlung der Lehrkräfte in den Mittelpunkt stellen. Bei der Vergabe von Bildungsdienstleistungen durch die Bundesagentur für Arbeit sollen die geltenden tariflichen Bestimmungen für alle Anbieter verbindlich sein. Volkshochschulen und andere öffentlich geförderte Weiterbildungseinrichtungen müssen ausreichend und dauerhaft finanziert werden. Lehrkräfte dürfen sich nicht von einem befristeten Projekt zum nächsten hangeln müssen.« (Seite 49)

► »DIE LINKE will eine **Bildungsfreistellung für alle Beschäftigten** gesetzlich sichern, nicht nur für die berufliche Weiterbildung. Wir fordern ein Weiterbildungsgeld: Wer sich im Rahmen des sozial-ökologischen Umbaus neu orientieren oder weiter qualifizieren möchte, erhält dafür ausreichend Zeit und Finanzierung.« (Seite 49)

► »Ab dem ersten Euro muss für Unternehmen eine volle Pflicht zur Sozialversicherung gelten. Plattformen müssen Arbeitgeberpflichten erfüllen und Sozialversicherungsbeiträge für über sie Beschäftigte abführen. Auftraggeber müssen auch für Soloselbstständige Sozialversicherungsbeiträge zahlen. **Dazu schaffen wir bundesweite branchenspezifische Mindesthonorarregelungen, die einem ruinösen Preiswettbewerb entgegenwirken und Soloselbstständige schützen.** Sämtliche Ausnahmen für ausländische Saisonbeschäftigte müssen gestrichen werden.« (Seite 15)

► »Wir Freie Demokraten wollen ein **»Midlife-BAföG« von bis zu 1.000 Euro** im Jahr einführen. Darüber hinaus soll in einem **persönlichen Freiraumkonto** unabhängig vom Arbeitgeber das steuer- und abgabenfreie Ansparen für Weiterbildungsangebote und Bildungsauszeiten ermöglicht werden.« (Seite 18)

► »Zudem soll die Vielzahl von Bildungsangeboten für das lebenslange Lernen von öffentlichen wie privaten Anbieterinnen und Anbietern transparent und strukturiert auf einer zentralen digitalen Plattform einsehbar sein. Diese **digitale Bildungsarena** soll den Zugang zu Weiterbildungen erleichtern und gleichzeitig die Anerkennung informell sowie non-formal erworbener Kompetenzen ermöglichen.« (Seite 18)

► »Wir Freie Demokraten wollen Talenten der **beruflichen Bildung den gleichwertigen Zugang zu den Begabtenförderungswerken und zum Deutschlandstipendium ermöglichen**. Neben einer finanziellen Unterstützung ist die Öffnung der ideellen Förderung für Stipendiatinnen und Stipendiaten aus der beruflichen Aus- und Weiterbildung von Bedeutung. Durch eine **Öffnung der Förderung** schaffen wir attraktive Perspektiven für Talente aus der beruflichen Bildung. Auch sie sollen künftig von Seminar und Schulungsangeboten profitieren. So schaffen wir mehr Gleichwertigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung.« (Seite 19)

► »Selbstständige sind keine Erwerbstätigen zweiter Klasse. Mit unterschiedlichen Reformansätzen wollen wir die **Selbstständigkeit erleichtern**, sie als Selbstbestimmung ernst nehmen und für mehr öffentliche Wertschätzung von Selbstständigen sorgen. Ungleichbehandlungen wollen wir abbauen und zum Beispiel die **Beiträge für Selbstständige zur gesetzlichen Krankenversicherung endlich an den tatsächlichen Einnahmen orientieren**.« (Seite 34)

► »Wir Freie Demokraten fordern eine **Reform des Statusfeststellungsverfahrens**. Über das Statusfeststellungsverfahren muss sich zweifelsfrei klären lassen, ob eine abhängige Beschäftigung oder eine selbstständige Tätigkeit vorliegt. Klare gesetzliche Positivkriterien gewährleisten Rechtssicherheit, indem bei Vorliegen bestimmter Kriterien eine Selbstständigkeit rechtssicher und verbindlich festgestellt wird. Zudem soll die **Prüfung durch eine unabhängige Stelle statt durch die Rentenversicherung** vorgenommen werden.« (Seite 34)

ver.di hat eine klare Haltung zur AfD

Wir nehmen in der Synopse der Wahlprogramme auch das Wahlprogramm der Alternative für Deutschland (AfD) unter die Lupe. Dazu stellen wir klar: Die AfD ist zwar auf demokratischem Wege in den letzten Jahren in Parlamente gewählt worden, sie ist aber nach Auffassung von ver.di keine demokratische Partei, da sie in grundlegenden Fragen von demokratischen Werten abweicht und eine Politik der Ausgrenzung betreibt, die der Demokratie schadet. Sie ist daher nicht vergleichbar mit anderen Parteien, die bei bestimmten Themen zwar andere Positionen oder Meinungen als wir vertreten, sich aber zugleich klar zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zur parlamentarischen Demokratie bekennen.

Zu der Auffassung, dass es sich bei der AfD nicht um eine demokratische Partei handelt, sind wir schon lange vor Einstufungen der AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall durch Landesämter oder das Bundesamt für Verfassungsschutz gelangt. Auf dem 5. ver.di-Bundeskongress im September 2019 haben rund 1.000 Delegierte die gewerkschaftlichen Grundwerte von Solidarität und Respekt gegenüber allen Menschen – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, Alter und Hautfarbe – und das Ziel, gemeinsam für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller zu kämpfen, bekräftigt.

Entsprechend unserer Beschlüsse werden wir AfD-Vertreter*innen nicht zu den Aktivitäten einladen, die wir beispielsweise unter dem Motto »ver.di wählt« entfalten und setzen vielmehr darauf, dass unsere Mitglieder den Widerspruch in den AfD-Positionen und den gewerkschaftlichen Vorstellungen von Solidarität und Mitbestimmung erkennen und daraus ihre Schlüsse ziehen. In einem Atemzug mit den demokratischen Parteien nennen wir die AfD nicht, um nicht zu einer Normalisierung ihrer Positionen beizutragen.

Wir hätten wir an dieser Stelle die Aussagen zur Weiterbildung der AfD aufgeführt, wenn es sie gäbe. Das ist allerdings nicht der Fall. Weiterbildungspolitik kommt im gesamten Programm nicht vor. Ob das an mangelndem Interesse, eingeschränkter Sachkompetenz oder an etwas anderem liegt, können wir nicht beurteilen. Das ist auch eine Aussage.

BUNDESTAGSWAHL 2021



ver.di wählt: Darum geht's

ver.di setzt sich für eine freie, gleiche und solidarische Gesellschaft ein – eine Gesellschaft, in der die Menschen gleich welcher Herkunft sozial, wirtschaftlich und politisch teilhaben können.

Es darf nach der Corona-Pandemie weder ein Zurück zur alten Normalität eines ökologisch und sozial blinden Wirtschaftssystems geben, noch dürfen notwendige Investitionen und Ausgaben in Infrastruktur, Personal oder Sozialpolitik aufgrund der höheren Verschuldung des Staates ausbleiben. Wir wollen eine Politik, die soziale Ungleichheit, die Spaltung des Arbeitsmarktes und den fortschreitenden Raubbau an der Natur überwindet. Der digitale Fortschritt muss für eine Humanisierung der Arbeitswelt genutzt werden. Unsere Demokratie muss gegen Feinde der Demokratie, insbesondere gegen Rechtsextremisten verteidigt werden. In einer von nationalen Egoismen, Krisen und Konflikten geprägten Welt sind Solidarität, ein soziales Europa und eine aktive Friedenspolitik unabdingbar.

ver.di-Positionen zur Bundestagswahl:

➔ verdi-waehlt.verdi.de



WÄHLEN GEHEN!



Am **26. September** ist **Bundestagswahl**.
Bildung, Wissenschaft und Forschung – es
muss sich dringend etwas ändern.
Darum gehe ich wählen!

[MITGLIEDWERDEN.VERDI.DE](https://mitgliedwerden.verdi.de)

Bildung, Wissenschaft
und Forschung

ver.di